

Für die Betreuung Arbeitsloser fehlt in den Jobcentern Personal

Mehr Forderung als Förderung?

Damit der Empfang von Hartz IV für Betroffene nicht zur Sackgasse wird, gibt es in den Jobcentern sogenannte Fallmanager. Sie sollen dafür sorgen, dass Arbeitslose möglichst schnell wieder in Lohn und Brot kommen. Ist das an sich schon keine beneidenswerte Aufgabe, so macht vielen Jobcentern auch noch ein akuter Personalmangel zu schaffen.

Über die Hälfte der Personen im Bezug von Arbeitslosengeld (ALG) II, auch Hartz IV genannt, hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit sie am Arbeitsmarkt trotzdem nicht chancenlos sind, hat der Gesetzgeber ihre Betreuung durch spezielle Mitarbeiter der Jobcenter vorgesehen – getreu dem Prinzip „fordern und fördern“.

Für diese Förderung ist im Sozialgesetzbuch sogar jeweils ein bestimmter Betreuungsschlüssel vorgeschrieben. Bei jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren soll demnach ein Fallmanager höchstens 75 Hilfeempfänger betreuen. Tatsächlich aber liegt fast jedes zweite Jobcenter über dieser Quote. Das heißt, es fehlt schlicht an dem benötigten Personal.

Bei älteren Arbeitslosen sieht es nicht viel besser aus. Zwar kommen hier rein rechnerisch auf einen Betreuer doppelt so viele Arbeitslose, dennoch lag 2014 jedes dritte Jobcenter über der vorgegebenen Marke. Nicht immer muss ein schlechter Betreuungsschlüssel auch eine mangelhafte Vermittlung zur Folge haben. Hierfür sind die Situationen in den einzelnen Kommunen zu unterschiedlich. Will man die Integration arbeitsloser Menschen aber ernsthaft betreiben, dann muss sich bei deren Betreuung dringend etwas verändern.



Foto: Adam Gregor/fotolia

In jedem zweiten Jobcenter gibt es zu wenige Fallmanager für zu viele arbeitslose Jugendliche. Das erschwert deren Förderung.

Welche Aufgaben hat ein Jobcenter?

Während für die Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II die Arbeitsagenturen zuständig sind, kümmern sich die Mitarbeiter in den Jobcentern um die Menschen, die ALG II erhalten. Sie sind somit sowohl für die Gewährung von Leistungen im Rahmen der Grundsicherung zuständig als auch für die Vermittlung der Betroffenen in Arbeit.



Foto: bluedesign/fotolia

Der überwiegende Teil der Jobcenter wird gemeinsam von der Agentur für Arbeit und der jeweiligen Kommune (Kreise und kreisfreie Städte) betrieben. Die gesetzlichen Grundlagen regelt das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).



Personalien

Am 6. Mai fand im Berufsbildungswerk Stendal die 7. Ordentliche Landesverbandstagung des Landesverbandes Mitteldeutschland statt. Dabei wurde **Kerstin Römer** als 1. Landesvorsitzende wiedergewählt. Der Landesverband setzt sich zusammen aus den Regionen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.



Kommunikation ohne unnötige Barrieren

Informationen zur Rente in leichter Sprache

Die Deutsche Rentenversicherung bietet die Inhalte auf ihrer Internetseite auch in leichter Sprache an. Dabei werden die Informationen in kurzen, einfachen Sätzen weitergegeben und Fremdwörter vermieden.

Die gesetzlichen Rentenversicherer bieten die Texte auf ihrer gemeinsamen Internetseite auch in leichter Sprache an. So sollen Menschen mit geringen Lesefähigkeiten die Möglichkeit erhalten, sich eigenständig zu informieren. Hierfür wurden die Inhalte gemeinsam mit lern- und geistig behinderten Menschen übersetzt. Leichte Sprache besteht ausschließlich aus kurzen Sätzen, die jeweils nur eine Aussage enthalten. Fremdwörter und Fachbegriffe werden erklärt, abstrakte Begriffe und bildhafte Sprache vermieden. Außerdem werden Informationen wiederholt und mit Bildern veranschaulicht.

Um den Service in Anspruch zu nehmen, gehen Sie im Internet auf die Seite www.deutsche-rentenversicherung.de und klicken Sie im oberen Bereich auf die Schaltfläche „Leichte Sprache“.



Foto: alphaspirt/fotolia

Das Benutzen leichter Sprache wäre an vielen Stellen in unserem Alltag zu begrüßen.

SoVD im Gespräch

Diskussion über das Thema Rente

Zu einer rentenpolitischen Diskussion hatte der Abgeordnete des Deutschen Bundestages Matthias W. Birkwald (Die Linke) Fachvertreter von Volkssolidarität und SoVD eingeladen. Ausgangspunkt war der Vorschlag, die Umrechnung bzw. Höherwertung der ostdeutschen Löhne bei der Rentenberechnung abzuschaffen und dafür den gleichen Rentenwert in Ost und West festzusetzen. Es wurde über Alternativen gesprochen. Hierbei stellte man übereinstimmend fest, dass sich der rentenpo-

litische Paradigmenwechsel besonders in Ostdeutschland negativ bemerkbar gemacht habe. Dies liege unter anderem daran, dass die betriebliche Altersvorsorge hier keine mit Westdeutschland vergleichbare Verankerung habe. Zum Abschluss des Gesprächs bestand Einigkeit darin, dass die Hochwertung zumindest vorerst erhalten bleiben müsse.

„Alles, was Ältere stark macht“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) veranstaltete in Leipzig ihren Se-

niorinnen- und Seniorentag. Unter dem Motto „Alles, was Ältere stark macht“ ging es dabei um aktuelle Themen der Seniorenpolitik. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf dem Bereich Pflege.

Zu den aktuellen Plänen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend äußerte sich die Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner (SPD). Sie stellte eine Reform der Pflegeausbildung in Aussicht. Zudem wolle man sich für mehr Barrierefreiheit beim Wohnen sowie für ein generationenübergreifendes Zusammenleben einsetzen. Eine abschließende Diskussion kam zu dem Ergebnis, dass die Altersbilder von Senioren vielfältiger geworden seien.



Foto: ruslimonchik/fotolia

Welches Bild vom Alter bestimmt unsere Gesellschaft? Welche Formen der Teilhabe wollen wir älteren Menschen ermöglichen? Von dem Zusammenleben unterschiedlicher Generationen zumindest profitieren Alt und Jung gleichermaßen.